

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5-Hollen Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG 2H., BOCMOVA 22. TELEFON 2267. ADMINISTRATION TELEFON 22076.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Donnerstag, 16. August 1934

Nr. 190

## Ein „Plan zur Besetzung der Stadt Saaz“ Die wahre Mission der Sudetennazis

Hitler redet jetzt, da es ihm innen- und außenpolitisch überaus schlecht geht, sehr eifrig vom Frieden, denn angeblich niemand heißer ersehnt als gerade er. In Wirklichkeit bereitet sich Deutschland seit mehr als Jahresfrist fieberhaft auf den Krieg vor. Das beweisen nicht nur die Meldungen über die militärischen Einrichtungen im Dritten Reich, sondern wird auch durch die Tätigkeit unserer Sudetennazi bestätigt. Bei den letzten Besatzungen in Saaz wurde Material gefunden, das darauf schließen läßt, welche Rolle unsere Falkenkreuzler von den braunen Herren zugebracht ist. So fand man u. a. einen „Plan zur Besetzung der Stadt Saaz“. Hier waren die wichtigsten Gebäude verzeichnet, die — im Falle eines Krieges natürlich — von den Leuten, die sich jetzt um den Henlein scharen, besetzt, bzw. in die Luft gesprengt werden sollten. Die Vorhaben hatten aber auch Verzeichnisse von staatlichen Funktionären und von Vertrauensleuten demokratischer Parteien angelegt. Diese Personen sollten von den Nazis zum geeigneten Zeitpunkt verhaftet werden. Es handelt sich also hier um eine wohlorganisierte Trepdenia und den heimischen Falkenkreuzler war keine geringere Mission vorgeschieden als die, bei Kriegsausbruch als Francistireurs in Erscheinung zu treten. Die maßgebenden Faktoren werden nun hoffentlich erkennen, welche Gefahr dem tschechoslowakischen Staate von dem braunen Gelichter droht.

## Nur ein Autounfall? Goering bei einem Zusammenstoß verletzt

Oberfalzburg, 15. August. Der preussische Ministerpräsident Goering erlitt am Dienstag Abend um 7 Uhr auf der Fahrt von München nach Berchtesgaden in der Gegend von Bad Aibling einen Autounfall. Dabei erlitt Goering eine harte Quetschung an der rechten Rückenlinie, sowie leichte Schnittwunden im Gesicht und an den Armen. Auch die übrigen Insassen des Autos wurden leicht verletzt.

Der Autounfall ereignete sich dadurch, daß, als das Auto über eine Berggruppe fuhr, aus der entgegengekehrten Richtung ein Lastwagen kam und gleichzeitig ein zweiter Kraftwagen, der in diesem Augenblick unvorschriftsmäßig die Lastkraftwagen zu überholen versuchte. Die Fahrbahn wurde dadurch blockiert und ein Ausweichen unmöglich. Goering, der scharf rechts fuhr, versuchte zwischen den beiden Kraftwagen hindurchzusteuern, was ihm aber infolge der Enge der Fahrbahn nicht gelang, so daß sein Wagen mit voller Wucht gegen das Lastauto prallte. Die linke Seite seines Wagens wurde vollkommen zertrümmert. Die Verletzten wurden durch das Begleitkommando dem Krankenhaus in Rosenheim zugeführt, wo sofort Röntgenaufnahmen gemacht und Verbände angelegt wurden. Die Ärzte stellen fest, daß zu besonderer Besorgnis kein Anlaß besteht. Nach mehrstündiger Aufenthalt im Krankenhaus konnte die Fahrt zum Landhaus Goerings in Oberfalzburg fortgesetzt werden. Dort besuchte ihn noch in der Nacht Hitler.

## Eindeutig

London, 15. August. „Morning Post“ befaßt sich mit der Wahlkampagne für die British Labour Party in Deutschland und gelangt zu dem Schlusse, daß das Ergebnis der Abstimmung, selbst wenn es sehr groß sein wird, nichts beweisen wird, es wäre denn die Macht der modernen Propagandamittel unter der Kontrolle des Monopols für die Verfälschung des Willens und der Gesinnung der Menge.

## Deutschland geht es besser...

Berlin, 15. August. (Havas.) Die westdeutschen Städte Bochum, Gelsenkirchen und Dortmund befinden sich in einer sehr bedrohlichen Lage, da von allen Seiten Arbeitslose in diese Städte strömen, so daß die Arbeitslosenunterstützungen auf ein Minimum herabgesetzt werden mußten.

## Hindenburgs Testament

Bekennnis zur Monarchie — Reichswehr als Instrument des Neuaufbaues — Solidarität mit Hitler

Wie das deutsche Nachrichtenbüro meldet, hat der ehemalige Vizelanzler Papen im Auftrage von Hindenburgs Sohn Adolf Hitler ein Schreiben überbracht, welches das politische Testament des Reichspräsidenten enthält. Dieses Testament wird nun der Öffentlichkeit übergeben.

Von dem Testamente Hindenburgs war bereits vor dem Tode des Reichspräsidenten die Rede und verschiedene Blätter des Auslandes haben Auszüge daraus veröffentlicht. Mit diesen Auszügen stimmt das soeben veröffentlichte Testament nicht überein und es taucht die Frage auf, ob es mehrere Testamente Hindenburgs gibt und ob das vom Obersten von Hindenburg überbrachte Testament wirklich dem Willen des Reichspräsidenten entspricht. Datiert ist das Testament vom 11. Mai 1934, einer Zeit also, in der der siebenundachtzigjährige Reichspräsident sicherlich den Einflüssen seiner Umgebung völlig erlegen war. Es ist kaum ein Zweifel, daß die Nationalsozialisten dieses Testament beeinflusst haben und daß auch Hindenburgs Sohn sich zum Werkzeug der Politik Adolf Hitlers gemacht hat.

Hindenburg beginnt zunächst mit einem längeren Bistat aus einem 1919 geschriebenen Testament, in welchem die Lage Deutschlands nach Kriegsende geschildert und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß Deutschland nach der Niederlage wieder den Weg nach aufwärts finden werde. Politisch interessant ist in diesen Ausführungen nur Hindenburgs Bekenntnis zur Monarchie. „So wird“, heißt es wörtlich, „aus dem bewegten Meer völkischen Lebens jener Inseln, an dem sich einst die Hoffnung unserer Väter geklammert hat und auf dem, was vor einem halben Jahrhundert durch unsere Kraft des Vaterlandes Zukunft begründet wurde: Das deutsche Kaiserthum.“

Nach diesem Bekenntnis aus dem Jahre 1919 schildert Hindenburg das, wie er sagt, neue Kapitel seines Lebens, das mit dem Jahre 1925, seiner

Wahl zum Reichspräsidenten, begann. Er sagt, es sei seine Hauptaufgabe gewesen, die innere Einheit des Volkes und die Selbstbestimmung als seine besten Eigenschaften zu fördern. Dabei war mir bewußt, daß das Staatsgrundgesetz und die Regierungsform, welche die Nation sich in der Stunde großer Not und Schwäche gegeben, nicht den wahren Bedürfnissen und Eigenschaften unseres Volkes entspreche.“

Ein Mittel des neuen Aufbaues müßte die Reichswehr werden, die nun in den weiteren Stellen des Testaments als die Fortsetzerin der hohen Tradition der alten Armee gerühmt wird. „Immer und zu allen Zeiten“ so heißt es, „muß die Wehrmacht ein Instrument der obersten Staatsführung bleiben, unberührt von allen innenpolitischen Entwicklungen seiner hohen Aufgabe der Verteidigung des Landes gerecht zu werden.“

Ganz unverbürgt kommt nun Hindenburg in den letzten Absätzen seines Testaments auf Hitler und den Nationalsozialismus zu sprechen: „Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Stände- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan. Ich weiß, daß vieles noch zu tun bleibt und ich wünsche von Herzen, daß hinter dem Alt der nationalen Erhebung und des völkischen Zusammenschlusses einer solcher der Veröhnung stehe, der das ganze deutsche Vaterland umfaßt.“

Das hat Hindenburg, wie gesagt am 11. Mai 1934 geschrieben. Wenige Wochen später, am 30. Juni 1934 hat die deutsche Reichsregierung durch den Kameradenmord gezeigt, wie sie den Weg zur Veröhnung beschreiten will. So zeigt das Testament Hindenburgs nur das eine: entweder war der Reichspräsident zu alt, um auf die Dinge einen Einfluß zu nehmen oder hat er das Schicksal vom 30. Juni gebilligt. Das Testament Hindenburgs enthält das Urteil, das die Geschichte über ihn bereits gefällt hat.

## Sommerschule für Starhemberg bei Mussolini

Wien, 15. August. Die „Reichspost“ erhält von ihrem Berichterstatter aus Rom Mitteilungen über die Ergebnisse der Romreise des Vizelanzlers Starhemberg. Die bisherigen Besprechungen seien sehr wertvoll gewesen. Abgesehen von den Unterredungen mit Mussolini, habe Starhemberg in seiner Eigenschaft als Sicherheitsminister Gelegenheit genommen, die innere Organisation der italienischen geheimen Staatspolizei sowie andere besondere Einrichtungen des politischen und öffentlichen Sicherheitswesens in Italien näher kennen zu lernen. Der römische Aufenthalt habe für Starhemberg nach der Seite der inneren Verwaltung und der internen politischen Organisation jene enge außenpolitische und wirtschaftliche Verständigung noch erhöht, die seinerzeit zwischen Dollfuß und Mussolini begründet wurde und die auch — nach römischer Beurteilung — Bundeskanzler Dr. Schuschnigg fortsetzen und gelegentlich seines erwarteten Kombesuches erneut betraffigen werde.

## Auch die Heimwehren gefährden den Frieden Europas

Eine Schweizer Stimme zur Habsburgerfrage.

Genf, 15. August. Das „Journal des Nation“ wendet sich sehr scharf gegen den Gedanken einer Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich und Ungarn. Es verzeichnet das Gerücht, daß der österreichische Vizelanzler mit Mussolini zwar nicht direkt über die Habsburger-Restauration, aber über die Einsetzung einer Regentenschaft in Oesterreich als Vorstufe für die Monarchie verhandelt

habe. Starhemberg scheine die Absicht zu haben, selbst Regent zu werden, um dann mit Hilfe der immer stärker ausgebauten Wehrmacht die Rückkehr der Habsburger nach Wien vorzubereiten. Das „Journal des Nations“ hält eine Entwidlung dieser Art nicht für unmöglich. Es sei falsch, wenn man von den Habsburgern Vernunft erwarten würde. Weder die Rückkehr der Habsburger noch die Anerkennung der österreichischen Wiederaufrichtung durch die Duldung der Heimwehren entspreche der friedlichen Lösung, die von der öffentlichen Meinung erwartet werde. Es handle sich vielmehr um den Funken, der das Pulverfaß zur Explosion bringen könne.

## Papen in Wien

Wien, 15. August. Der neue reichsdeutsche Gesandte in Wien, von Papen, ist heute um 17.32 Uhr, von Berchtesgaden kommend, im Flugzeuge Hitlers auf dem Flugplatz in Aspern eingetroffen.

## Zuchthausstrafen gegen kommunistische Reichstagsabgeordnete

Berlin, 15. August. Der Erste Senat des Volksgerichtshofes verurteilte heute die früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Georg Schumann und Karl Glog, sowie die frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Frau Feida Franz aus Breslau wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung zum Hochverrat zu je drei Jahren Zuchthaus, unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft.

Die Angeklagten hatten noch nach der Machtübergabe durch Adolf Hitler bis zum Juli 1933 den Versuch gemacht, die kommunistische Organisation in Schlesien neu aufzubauen. Am 7. Juli 1933 wurden sie bei einer Zusammenkunft in einem Breslauer Kaffeehaus verhaftet.

## Sudetendeutsche Industriepolitik

Der Hauptverband der Industrie hat sich mit einer Rundgebung an die Öffentlichkeit gewendet, welche über die ungerechte Kontingentaufteilung bei der Neuregelung der Margarineerzeugung Beschwerde führt. Es sind dabei die Produktionsquoten zweier nordböhmischer Betriebe empfindlich verkürzt worden, was nach den Mitteilungen des Hauptverbandes einen Ausfall von 600.000 Arbeitsstunden im deutschen Gebiete bedeutet. Diese Feststellungen sind nun ein gefundenes Freisen für die nationalen und kommunistischen Blätter, welche damit endlich den langersehnten Beweis für die Preisgabe des deutschen Arbeitsplatzes durch die deutschen Sozialdemokraten gefunden zu haben glauben.

Es handelt sich in der Tat um eine sehr ernste Angelegenheit, die eine volle Klarstellung erfordert. Wir weisen dieser Klarstellung nicht aus und werden auf das Thema selbst zurückkommen. Soweit bei der Zuteilung der Quoten bei der Margarineerzeugung tschechische Außenfirmen auf Kosten deutscher Betriebe offensichtlich bevorzugt wurden, wird insbesondere der tschechischen Öffentlichkeit noch mit allem Nachdruck dazulegen sein, wohin eine solche mit administrativen Mitteln erzwungene Industrieverlagerung angesichts der Massenarbeitslosigkeit im deutschen Gebiete führen würde.

Zunächst aber muß zur Politik unseres sudetendeutschen Unternehmertums einmal grundsätzliche Stellung genommen werden, um die Frage der Verantwortlichkeit zu klären. Der Quotenkampf in der Margarineerzeugung wurde im Ganzen in der Tat entschieden, in jenem Ministerium also, wo der sozialistische Einfluß am geringsten ist und wo der Einfluß der Unternehmerverbände dominiert. Die deutschen und tschechischen Industriellen haben in der Republik eine gemeinsame Spitzenorganisation, den Svaz, der unter der Führung der beiden Nationaldemokraten Preis und Godál steht. Nun hätte der deutsche Hauptverband, ehe er sich als Ankläger aufspielt, doch zuerst einmal der Öffentlichkeit zu sagen, ob er als Interessenorganisation seine Pflicht erfüllt hat. Jedenfalls wäre es seine Aufgabe, Aufklärung darüber zu geben, warum die deutsche Industrie ihre Interessen im Rahmen der gemeinsamen deutsch-tschechischen Unternehmerorganisation nicht besser zu wahren versteht. Im Kampfe gegen die sozialpolitischen Rechte und die Lohnansprüche der Arbeiterschaft sind doch die Herrschaften stets eines Sinnes.

Die deutschen Fabrikanten werden sich wieder darauf ausreden, daß sie keine politische Vertretung besitzen. Stimmt. Aber durch eigenes Verschulden. Die Haltung der Unternehmer, zumindestens ihres überwiegenden und ausschlaggebenden Teiles, ist eines der traurigsten Kapitel der sudetendeutschen Politik. Ihr ewiges Hin- und Herpendeln zwischen wirtschaftlichem Aktivismus und politischem Negativismus grenzt ans Possenhafte. Daß sich die deutschen Fabrikanten nach dem Umsturz als erste Gruppe für das Verbleiben in der Tschechoslowakischen Republik aussprechen, hat sie nicht daran gehindert, in der Folgezeit die extremen nationalistischen Parteien zu unterstützen. Wie die Falkenkreuzler in den Betrieben durch Korruption und Terrorisierung der ansässigen Arbeiter ausgepöbelt wurden, ist ein Kapitel für sich. Die Rolle der Industrie in der Nationalpartei desgleichen. Zur Zeit des Bürgerblods entdeckte die nordböhmische Industrie ihre aktivistische Seele. Rostkeehrte der Nationalpartei den Rücken. Die Reichsberger Handelskammer lieferte ihm das Material für seine Budgetreden, die ihm den Ruf eines fleißigen Abgeordneten eintrugen. Vorübergehend schien es, als ob die nord-



Kaiser und König Otto Die Habsburgerfrage und die Aufgabe der Demokratie

Im Zusammenhang mit der lebhaften Diskussion über die Habsburgerfrage, die von der Familientagung in Biarritz, von Ottos Nordlandreise, der Erklärung Starhembergs über die Sehnsucht der Österreicher nach der Monarchie...

Das ist mehr als deutlich. Der junge Mann mit dem hübschen Gesicht eines Filmeliebings, der da Europa in Unruhe versetzt, glaubt vermutlich wirklich, daß seine Völker sich nach ihm sehnen...

Aber das Problem hat noch eine andere Seite. Die Naivität des jungen Habsburgers kann seine Völker in namenloses Elend führen, Europa einen neuen Weltkrieg einwirtschaften...

Es gibt nur eine friedlichen und zur Beruhigung führenden Ausweg für Mitteleuropa: daß unter dem Druck der Völkerbundmächte (und der Eintritt Rußlands wird aus dem lahmen Völkerbund von ehemals hoffentlich eine aktionsfähige Gruppe von Mächten machen, die das fortschrittliche Europa repräsentieren!) Italien gezwungen wird...

Sowjetrußland und die Tschechoslowakei

Die Fliegerexkursion als Auftakt zu engen Beziehungen

Brag, 15. August. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der Sowjetunion Alexandrowitsch veranstaltete am Mittwoch abends im Stadtwski-Saal des Gemeindehauses der Hauptstadt Prag zu Ehren der in Prag eingetroffenen sowjetrussischen Fliegerexkursion eine Reception.

Gesandter Alexandrowitsch hielt bei der Reception eine Ansprache, in der er namens der sowjetrussischen Regierung für die herzliche Begrüßung, die Gastfreundschaft und die technische Unterstützung dankte, die den sowjetrussischen Fliegern zuteil wurden...

Sie führt eine Annäherung auch zwischen nichtbenachbarten Völkern herbei und ermöglicht das gegenseitige Kennenlernen und die gegenseitige Befreundung. Der Gesandte ist daher derartige Befreundung. Der Gesandte der gegenseitigen Luftverbindungen in Zukunft zur Erreichung der Ziele beitragen wird...

Nachdem die Musik die Sowjethymne gespielt hatte, antwortete auf die Rundgebung Gesandter Dr. Fieder. Er sprach im Namen des Außenministers Dr. Bened seine Freude über den Besuch der Sowjetflieger aus...

Der Gesandte erklärte, daß es nicht bei diesem Besuch bleibt, daß sich vielmehr unsere gegenseitigen Beziehungen auch auf die Vertreter anderer Berufsbezüge ausdehnen. Die Kapelle spielte die tschechoslowakische Hymne, worauf der Chef der russischen Militärmission Ulschitsch sprach. Er betonte, daß das Flugwesen eine ungewöhnlich große Bedeutung für die Verbindung der Völker und für ihre kulturelle Annäherung besitze...

Das Verhör im Ravag-Prozeß Kerner will geschossen haben

Wien, 15. August. Heute früh wurde die Verhandlung vor dem Militärgericht in Wien gegen die 15 Nationalsozialisten, die sich am 25. Juli an dem Putsch in der Ravag beteiligt hatten, fortgesetzt.

Es wurde der Angeklagte Papas verhört, der fünf Jahre im österreichischen Bundesheer diente. Er war wegen nationalsozialistischer Umtriebe entlassen und dann Mitglied der nationalsozialistischen Partei und deren Soldatenbundes geworden. Später trat er in die SS-Standarte 89 ein. Seine Verbindung mit dem Führer des Putsches in der Ravag, Schredl, stellte er nicht in Abrede...

Der nächste Angeklagte Diemeier diente ebenfalls beim Bundesheer. Auch er wurde entlassen und ging zu den Nationalsozialisten über. Vor dem Putsch kam Schredl zu ihm und forderte ihn zur Beteiligung an der Aktion bei der Ravag auf. Schredl erklärte, daß es sich um eine Umbildung der Regierung handle. Der Angeklagte schilderte, wie er den ganzen Sommer herumginge und froh und wie er von Schredls Nachricht über die Einsetzung einer neuen Regierung begeistert war...

Der Angeklagte Sepper, ebenfalls ehemaliger Soldat des Bundesheeres, Mitglied der Standarte 89, will sich nicht im Sinne der Anklage schuldig bekennen. Zur Beteiligung an der Aktion gegen die Ravag wurde er am 25. Juli von Schredl aufgefordert, von dem er auch eine Waffe erhielt. Der Angeklagte ging in die Ravag, will sich aber nicht an der Aktion beteiligt haben. Auf dringende Fragen des Vorsitzenden gesteht er aber später, daß er, als das Raschlingengewehrfeuer einsetzte und die Handgranaten explodierten, im Gange des Gebäudes weilte.

Vorsitzender: Haben sie also geschossen? Der Angeklagte schweigt zunächst, antwortet dann aber: Ja. Er fügt jedoch hinzu, daß er nur auf die Mauer gezielt habe.

Ähnlich sagen die weiteren Angeklagten Verdini und Hauner aus, die ebenfalls ehemalige Soldaten sind. Sie erklären, von Schredl Beisungen und auch Waffen erhalten zu haben. Keiner von ihnen will gestehen, geschossen zu haben. Beide dachten, daß es sich um eine legale Aktion handelt.

Der angeklagte Polizist Ornla erklärt, er sei Mitglied der nationalsozialistischen Partei gewesen. Die Beiträge zahlte er zu Händen des Oberwachtmannes Theisenberger, mit dem er übrigens bereits im September des Vorjahres eine Unterredung hatte. Es wurde von der Umbildung der Regierung gesprochen. Die Aktion war damals für den Oktober 1933 projektiert, wurde aber verschoben. Am 23. Juli 1934 kam Theisenberger in seine Wohnung und überbrachte ihm die Mitteilung, die beschlossene Aktion werde am 25. oder 26. Juli durchgeführt werden. Dr. Dollfuß werde nach Rom fahren und die dortige österreichische Gesandtschaft übernehmen, während Dr. Kinsteln bereits in Wien eingetroffen sei, um eine neue Regierung zu bilden. Theisenberger teilte dem Angeklagten auch mit, daß er diesbezügliche Aufträge vom Polizeidirektor Dr. Steinhäufel erhalten habe. Dieser werde, wenn die neue Regierung zustande komme, alle ehemaligen Nationalsozialisten mit besonderen Diensten betrauen. Der Angeklagte habe diese Schilderung um so mehr geglaubt, als er aus Zeitungsmeldungen von der Zusammenkunft Hitlers mit Mussolini unterrichtet war und auch von den Plänen mit Dr. Minteln öfter gehört habe. Am 24. und 25. Juli kam Theisenberger, sowie der Angeklagte Ritsch einige Male zu ihm. Beide forderten ihn auf, am 25. Juli um 1 Uhr mittags bei der Ravag zu erscheinen. Theisenberger sprach auch von einem ähnlichen Abstoß des Detektivs Steiner. Zur kritischen Zeit begaben sich der Angeklagte in Begleitung von Ritsch in die Johanneßgasse zur Ravag.

Der Angeklagte Mühlstein hatte eine Art Fühlerrolle gespielt. Mit vorgehaltenen Pistolen entwarfnete er uns. Wir mußten die Hände emporheben. Widerstand wäre zwecklos gewesen und ein Griff nach der Pistole der sichere Tod. Wir gingen über die Stufen in die Portierloge und wurden dort entwaffnet. Da dort hineingeschossen wurde, ersuchten Ritsch und ich, uns abzuführen, damit wir gedeckt wären. Wir wurden dann in die Instrumentenkammer gebracht, wo wir bewacht wurden.

Darauf wird der Polizeirevierinspektor Ritsch einbernommen. Er verantwortet sich äußerst zögernd und bekennet sich nicht schuldig. Seit 1931 gehörte er der nationalsozialistischen Partei an. Der Angeklagte schildert dann, wie ihm der Kriminalbeamte Kotter seinerzeit erzählte, daß Minister Jeh sämtliche nationalsozialistischen Wachleute entlassen wolle. Es handle sich um eine Gegenaktion gegen Jeh. Der Angeklagte erwähnt noch, es sei ihm gesagt worden, wenn er etwas über

r a t e, werde er a u f g e h ä n g t oder erschossen.

Damit wurde das Verhör der Angeklagten beendet und das

Zeugenverhör

eröffnet. Der erste Zeuge, Kanalbidirektor im Finanzministerium Böhminger war Augenzeuge der Szene bei der Einfahrt in die Ravag und sagt, er habe einen Mann gesehen, der einige Schüsse abgab. Er sah auch den Schutzkorpsmann auf dem Boden liegen und bemerkte auch, wie die beiden angeklagten Wachleute mit erhobenen Händen vom Gehsteig in die Ravag schritten.

Der Staatsanwalt zu den beiden Wachleuten: „Was sagen Sie dazu, das ist eine ganz andere Aussage. Sie haben angegeben, daß Sie hingesprungen sind, um dem Schutzkorpsmann zu helfen, der Zeuge erzählt aber, daß Sie schon am Gehsteig die Hände emporgehoben haben.“

Der Zeuge erklärt nochmals er könne sich genau daran erinnern, und täusche sich bestimmt nicht. Es werden dann einige Zeugen einbernommen, die diese Szene ähnlich schildern, worauf die Verhandlung auf morgen vertagt wurde.

Japan kündigt Flottenabkommen?

Tokio, 15. August. Wie hier verlautet, sollen die Besprechungen zwischen dem japanischen Ministerpräsidenten Okada, dem japanischen Kriegsminister Kawachi und dem japanischen Marineminister Ojumi dazu geführt haben, daß der japanische Ministerpräsident seine Zustimmung zur Kündigung des Washingtoner und des Londoner Flottenabkommens gegeben hat.

Zwölf Nazi in Gasteln verhaftet

Wien, 15. August. (N.) Aus Salzburg wird gemeldet: Auf Grund einer Anzeige wurden Dienstag in Bad Gasteln 12 Arbeiter der Wildbacherbaue, darunter der Parteiführer Christian Straubinger, wegen Hochverrats, Waffen- und Sprengstoffbesitzes verhaftet und dem Landesgericht Salzburg eingeliefert. Die Verhafteten sind sämtlich Mitglieder der SA und SS. Sie haben während der Julirevolte Bereitschaft gehalten. Acht von ihnen wurden am 28. Juli mit Pistolen bewaffnet. Sie planten einen Mordanschlag auf den Gendarmeriechef und auf Schutzkorpsabteilungen. Der Plan kam jedoch nicht zur Ausführung. In der Nähe der Wildbacherbaue fand man in einem Kuchschachtelkasten mit Munition, sechs Patentkugeln, zwei Sprengpatronen, einen mit einer zwei Meter langen Zündschnur adjustierten einseitigen Mikrogramm schweren Ersatzsprengkörper und Ammonitpatronen. Die Verhafteten sind zum Teil geständig.

Diebstahl-Nachtrag

Wien, 15. August. Die Bundespolizeidirektion Wien hat die Beschlagnahme des Vermögens des Touristenvereines „Die Naturfreunde“, sowie des „Vereines für sozialistische Hochschulpolitik“ angeordnet, u. zw. auf Grund der Verurteilung der Bundesregierung vom 12. Jänner, die die Betätigung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs verbietet und ihre Organisationen aufgelöst.

Luft- und Seerüstungen

der Vereinigten Staaten.

Washington. Der Vorsitzende des Marineauschusses des Repräsentantenhauses, Vinson, der gemeinsam mit dem Marineminister das Flugzeugbauprogramm für die Flotte ausgearbeitet hat, gab bekannt, daß der Bau von 2100 neuen Marineflugzeugen beabsichtigt sei. Von den ungefähr 1000 Flugzeugen, die die Marine gegenwärtig besitze, seien nur etwa 400 für den Flugdienst tauglich.

Das Marineministerium beginnt mit der Vergabe der Arbeiten der Schiffskonstruktoren für den Bau von vier 10.000-Tonnen-Kreuzern, ferner von 14 Torpedogeschützern und sechs U-Booten.

Bergsteiger-Unglück

Laißach, 15. August. Untweit des Tschechischen Heimes an der Grinotenberg-Wand ereignete sich ein schweres Unglück, bei dem die Beamtin Hilda Kohn tödlich und drei andere Touristen schwer verletzt wurden. Trotz regnerischen Wetters, gewarnt von Einheimischen, daß Felsrutschungen zu erwarten seien, unternahm eine Gruppe von 7 Touristen, darunter 2 Frauen, eine Bergtour. Plötzlich kam ein Felsstück 200 Meter ober den Touristen ins Rollen und zerbrach in Stücke. Beim Anprall von niederfallendem Gestein an eine Felsante wurde die Beamtin Kohn tödlich verletzt, indem ihr der Schädel völlig zertrümmert wurde. Der Agrar Kaufmann Widram erlitt sehr schwere Verletzungen und man bezweifelt, daß er am Leben bleiben wird. Zwei weitere Touristen wurden ebenfalls schwer verletzt.





